

Europäische Union solidarisch und demokratisch - was muss sich ändern -

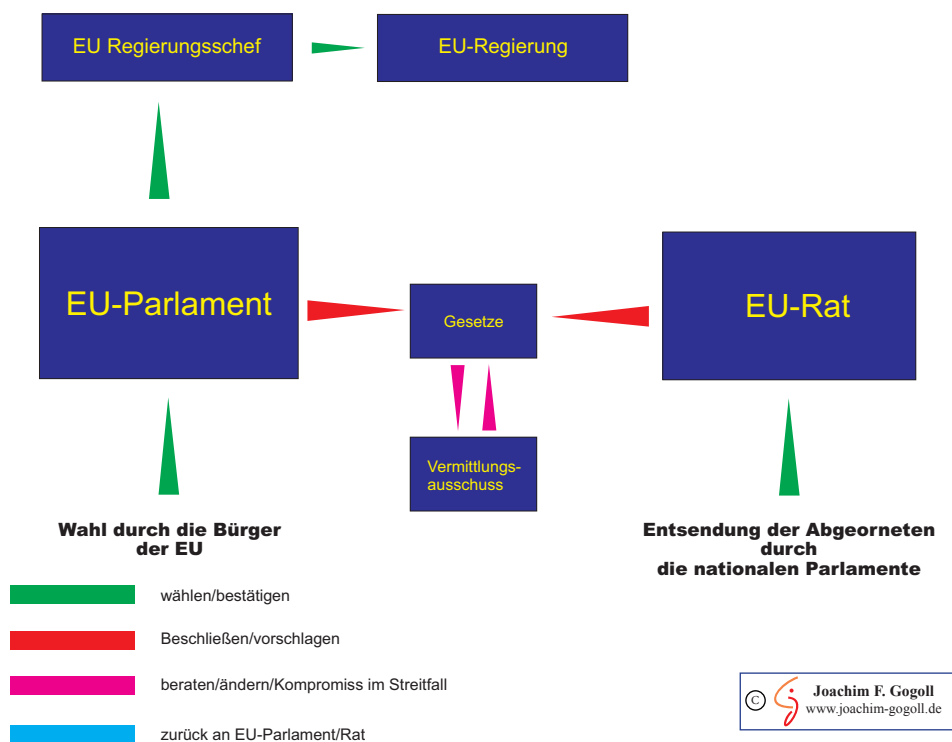
Wir Bürger der EU haben es in der Hand. Weiter an der EU herummäkeln oder aber Veränderungsvorschläge zu machen, weil es für eine europäische Union **keine** Alternative gibt.

Schluss mit dem Genöle über die Krümmung der Gurke (übrigens gewünscht von dem Lebensmitteleinzelhandel) oder die Abschaffung der Glühbirne zur Reduzierung des Stromverbrauches in Haushalten. Das alles ist noch lange kein Grund sich über Europa aufzuregen. Das Demokratie-defizit innerhalb der EU liegt zum einen daran, dass die EU Bürokratie ihre Gesetzesvorhaben nicht genügend mit den Bürgern bespricht und einfach durch EU-Kommission oder EU-Parlament beschließen lässt und zum Anderen daran, dass Informationen für die Bürger der EU oft nur als Holschuld angesehen werden. Wer will, kann sich ggf. im Internet informieren, hört man von europäischer Seite. Diese Vorgehensweise allerdings ist im Hinblick auf die Akzeptanz der EU durch ihre Bürger höchst fahrlässig zu nennen. Politische Entscheidungen müssen erkennbar und verständlich sein, sie sind eine Bringschuld der Politik und keine Holschuld der EU Bürger. Auf der anderen Seite gibt es natürlich auch die EU-Gegner und Skeptiker, die ihr nationales Süppchen gerne auf Kosten der EU kochen.

Diese Sprengsätze der EU müssen dringend entschärft werden. Das allerdings geht nur, wenn sich Bürger und Politik zusammen auf den Weg machen, um auch mal das vielleicht heute noch Unmögliche zu denken und aus diesen Denkprozessen ein gemeinsames Modell der EU zu entwerfen. Wir werden uns als Nichtregierungsorganisation natürlich da einbringen. Nichts ist schädlicher, als Veränderungen durch Ideologien zu behindern.

Wir dürfen die EU nicht den Kindern des Nationalismus, den Populisten, überlassen. Immer dann, wenn es krisenhafte Entwicklungen gibt, weil Politik die Interessen der Bürger denen der Wirtschaft unterordnet, dann haben die Rechtsextremen leichtes Spiel.

Ein Organigramm, wie man sich die Struktur der EU vorstellen könnte



G 20 Gipfel in Hamburg - da war doch was?

Viele Medien berichteten schon vor dem Gipfel, dass in Hamburg Gewalt drohe. Tagelang kaum ein anderes Thema. Was dann folgte, war die vorhergesagte Gewalt, allerdings von nie dagewesener Härte und Brutalität. Vollidioten, die nichts als ihren steigenden Adrenalinspiegel im Auge hatten, tobten sich an allem aus, was ihnen in den Weg kam. Klar, dass da die ca 90000 friedlichen Demonstranten kaum Erwähnung fanden. Aber sie waren da und auch die Akteure auf der weltpolitischen Bühne. Nur was hatte das Treffen eigentlich für Er-

gebnisse? Die US-Amerikaner steigen aus dem Klimaschutz aus. Die anderen Teilnehmer wollen auch ohne Trump weiter dem Klimaschutz verpflichtet bleiben. Man wolle sich bemühen, den fairen und freien Handel weltweit zu fördern. Was das bedeutet, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Das Problem China und sein Protektionismus der eigenen Wirtschaft wurde bis zum Dezember 2017 ausgeklammert. Positionen zum Thema „Migration“ blieben vage. 325 Mio. Dollar Hilfe für Afrika soll es geben.

Krieg oder Frieden

Der aufmerksame Zeitgenosse stellt sich wohl die Frage, in welcher Phase leben wir heute. Nun, ein Teil der Welt hat Krieg, ein anderer hat keinen, aber dennoch kann man diesen Zustand dann nicht „Frieden“ nennen. Er ist wohl nur eine Abwesenheit von Krieg zu nennen.

Europa hatte Frieden in den frühen 1990er Jahren. Der Eiserner Vorhang war gefallen. Der Warschauer Pakt hatte sich aufgelöst - warum eigentlich nicht auch die NATO ?? Politiker aus Ost und West sprachen wieder miteinander. Abrüstungsabkommen wurden ausgehandelt und zum Teil auch abgeschlossen.

Welch eine glückliche Zeit - doch ganz langsam drehten manche Politiker und wohl auch

Rüstungskonzerne das Rad wieder in die andere Richtung. So begann 1991 -1999 der Krieg auf dem Balkan. Am Ende waren viele tausend Menschen tot, die Länder verwüstet und der jugoslawische Bundesstaat



zerstört, ob aus sich heraus oder durch äußere Einflüsse mag dahingestellt bleiben.

Als nächstes folgte 2001 das was wir die NATO Intervention in Afghanistan nennen, eigentlich nichts anderes als Krieg – das Ende ist noch nicht abzusehen. Als Vorwand diente der Terroranschlag vom 11. September 2001 in New York. Eigentlich wollte man nur den arabischen Terroristen Bin Laden fangen, so sagte man.

Die afghanische Bevölkerung hatte vorher bereits 1979 bis 1989 unter einem von der damaligen Sowjetunion begonnenen Krieg zu leiden.

2003 begann dann der so genannte 3. Wüstenkrieg. Der US Präsident George Bush junior behauptete, der Irak besitze noch immer Massenvernichtungswaffen. Die UNO Kontrolleure fanden zwar keine derartigen Waffen. Aber der Krieg musste beginnen. Später erklärte der damalige US Außenminister Colin Powell, er bereue seine Aussage vor der UN Vollversammlung, er wäre einer Fälschung aufgesessen. Damit nicht genug, sind auch nach dem Krieg zusätzlich durch das gegen den Irak verhängte Embargo ca. 1,1 Millionen Menschen, davon etwa 550.000 Kinder wegen fehlender Medikamente gestorben. Der US-Zivilverwalter im Irak Paul Bremer löste dann die Irakische Armee, Sicherheitsdienste und Regierungsbehörden auf. All die-

se Fachleute (größtenteils Sunniten) schlossen sich daraufhin mit all ihren Kenntnissen und Waffen dem IS (Islamischen Staat) an. Die dadurch entstandenen Flüchtlingsströme setzten sich zuerst vor allen Dingen in die Nachbarstaaten in Bewegung und wurden dort unter großen Anstrengungen der davon betroffenen Länder und der UN mit dem Notwendigsten erst Mal versorgt. Bis die UN auf Grund fehlender internationaler Gelder die Rationen halbierte. Es war eigentlich klar, was dann passieren musste: die Flüchtlinge setzten sich in Bewegung und versuchten Europa zu erreichen. Teile des Orients standen lichterloh in Brand und die Menschen wollten dahin, wo sie vermeintlich Ruhe und Frieden zu finden hofften.

Das Fatale an der Geschichte heute: viele beteiligte Bürgerkriegsparteien machten und machen die Lage hoffnungslos unübersichtlich. Zu allem Überfluss haben sich natürlich auch hier die beiden Supermächte

USA und Russland militärisch und als Rüstungslieferanten eingemischt. Die NATO Osterweiterung und die durch Russland betriebene völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die russische Einmischung in den Bürgerkrieg in der Ukraine haben zusätzlich noch Öl ins Feuer geschüttet.

Die Folge all dieser Handlungen: nie war ein Krieg zwischen der NATO und Russland in Europa so nahe wie heute.

Einige Auswirkungen kann man auch in Dülmen begutachten.

Das ehemalige Depot der Briten, die „Tower Barracks“ wird nun unter US-amerikanische Verwaltung geführt. Um im Kriegsfall schnellstmöglich Nachschub zu haben, wird das Depot nun schnellstmöglich mit Kriegsgüter gefüllt. Die Meinungen in Dülmen sind da geteilt. Während es unter einigen Stadtoberen Teile gibt, die die Wiedererweckung des Depots unter US-amerikanischer Flagge befürworten (es entstehen nach Aussage der US-Militärverwaltung 200 zivile Arbeitsplätze) gibt es andere Teile, auch in der Bevölkerung, die das Depot ablehnen.

Zwar haben wir z. Zt. noch keinen Krieg, aber wir erleben dafür fortgesetzte Kriegsvorbereitungen. Dem Volk wird erklärt: das alles diene nur der Sicherheit und dem Schutz vor dem Feind. Aber das haben Fürsten, Könige, Potentaten, Generäle und ähnliche Leute zu allen Zeiten den Menschen versucht einzureden. Das gelang fast immer mit mehr oder weniger Erfolg. Spätestens während des Krieges und nach seinem Ende merkten die meisten, was da mit ihnen geschehen war. Es dauert meist nur eine Generation lang, bis die schlimmen Kriegsfolgen vergessen sind und dann? Dann alles wieder von vorne? Wir müssen uns dagegen wehren. Anderes bleibt uns nicht übrig.

Macron - das Risiko bleibt!

Sicherlich blieb den Franzosen nichts anderes übrig, als Macron zu wählen, wenn sie die rechtsradikale Marine le Pen nicht wollten.



Aber es bleibt natürlich ein gewisses Restrisiko, weil Macrons Politik nicht exakt bekannt ist. Jetzt aber hat das zumindest im Bereich der Finanztransaktionsteuer (FTS) ein Ende. Die EU Finanzminister wollten sich zum Thema „Einführung der FTS“ treffen, um über den bereits vorliegenden Plan der EU zu beschließen. Aber nichts da. Auf Intervention Macrons ist das Thema z. Zt. vom Tisch, obwohl die alte französische Regierung diesem schon zugestimmt hatte. Macron hatte offensichtlich Angst vor den Auswirkungen für französische Banken. Er ist jämmerlich eingeknickt. Erst mal ist diese Steuer gegen Armut auf Eis gelegt. Mehr als 100 Organisationen, darunter Attac sind für die Einführung einer solchen Steuer. Attac gründete sich vor 17 Jahren mit dem Thema „Tobinsteuer“ (ein anderer Name für diese FTS).

Diesel-Gate in Deutschland?

Aber nein. Der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann mag es einfach nicht glauben, dass die Automobilindustrie hinsichtlich der Sauberkeit der Dieselmotoren deutscher Autobauer lügt. Aus dieser Traumwelt könnte es ein böses Erwachen für Kretschmann geben. Das Stuttgarter Verwaltungsgericht hat ein klares Urteil gegen die zu starke Luftverschmutzung durch Dieselfahrzeuge gefällt. Obwohl da wahrscheinlich noch nicht der letzte Richterspruch gefällt worden ist, da zu erwarten ist, dass höhere Gerichtsinstanzen ebenfalls mit dem Thema befasst sein werden, sind die Folgen des vermeintlichen Betruges der Dieselmotorenhersteller schon jetzt erheblich. Der Dieselseverkauf ist eingebrochen. Saubere Alternativen fehlen zur Zeit noch. Eine Mehrheit von Klein- und Mittelbetrieben fährt ältere Diesel-Transporter. Und diesen Firmen fehlt häufig das Geld für die Anschaffung eines anderen Kleintransporters. Und was ist mit den Millionen PKW-Besitzern, die Diesel als preisgünstige Alternative zum Benziner gesehen haben und im Vertrauen darauf ihre Kaufentscheidung gefällt haben? Auto futsch, kein Geld für einen Benziner und dann hinein in den öffentlichen Nahverkehr, um die Arbeitsstätte zu erreichen. Angesichts des kaputtgesparten und kaputtprivatisierten öffentlichen Nahverkehrs eine Illusion. Dürfen LKW weiter in die Innenstädte, weil sie sauber sein sollen? Es ist zu befürchten, dass wieder nur weiße Salbe für die Wunden der Dieselfahrer verabreicht wird.

Impressum

Herausgeber:

Joachim F. Gogoll für Attac-COE

Redaktionsanschrift

Büro:

Detmolder Straße 9
45896 Gelsenkirchen

E-Mail:

info(at)joachim-gogoll.de
www.joachim-gogoll.de

- Siegfried Zeller -